

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Albert Duin

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Manfred Eibl

Abg. Franz Bergmüller

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Andreas Schalk

Abg. Klaus Adelt

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Bayern braucht einen starken Einzelhandel und lebendige Innenstädte und Ortskerne (Drs. 18/28905)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Attraktive Innenstädte sorgen für einen starken Einzelhandel (Drs. 18/28976)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Attraktive Innenstädte in Bayern (Drs. 18/28977)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Albert Duin für die FDP-Fraktion das Wort. – Herr Abgeordneter Duin, Sie haben das Wort.

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Titel lautet: "Bayern braucht einen starken Einzelhandel und lebendige Innenstädte und Ortskerne". Der Einzelhandel und der Handel gehören zu den vier stärksten Berufsgruppen in Bayern, und es ist wichtig für uns alle, dass das auch in Zukunft funktioniert. Die Zahl der Handelsunternehmen ist bereits vor der Corona-Pandemie, im Zeitraum von 2015 bis 2020, in Bayern um 8,4 % gesunken. Besonders betroffen war dabei der Einzelhandel mit einem Rückgang der Unternehmenszahl um 10,9 %. Allein im Jahr 2023 könnte es nach Schätzung des Handelsverbands Bayern bis zu 1.200 Schließungen im Einzelhandel geben. Normalerweise sind das um die 800 im Jahr; das ist die normale Fluktuation, die es eben einfach gibt. Auch der ifo-Geschlechts- – –

(Heiterkeit – Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Jetzt haben wir den Namen schon bei ifo drin!)

– Auch der ifo-Geschäftsklimaindex im bayerischen Einzelhandel ist zuletzt wieder etwa auf minus 10,9 % gesunken. Deswegen möchten wir das wieder beleben, damit es wieder funktioniert, und fordern: sechs verkaufsoffene Sonntage, Flexibilisierung der Öffnungszeiten. Wir möchten, dass auch der Verkehr sich wieder nicht nur beschränkt auf ÖMTV –

(Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): ÖPNV!)

– ÖPNV, danke, heute bin ich ja gut drauf –, sondern eben auch den Individualverkehr umfasst. Der betrifft nicht nur das Fahrrad oder den Fußgänger, sondern auch die Autos.

Wir leiden unter Inflation, Energiepreisen, steigenden Mieten und Konsumrückgang. Das Problem am grünen Nachzieher ist: Für die endet eine lebendige Innenstadt an der Stadtgrenze. Die geht so weit, wie der öffentliche Nahverkehr reicht oder was man mit dem Fahrrad oder auch zu Fuß erreichen kann; aber: Pulsierende und lebendige Innenstädte werden eben auch durch Zugereiste gefüllt. Ich sage euch: Im Tourismusbereich ist es zum Beispiel so, dass 90 % aller Hotelgäste, die von außerhalb kommen, mit dem eigenen Auto anfahren und nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Die werden auch nicht vor der Stadt anhalten, irgendwo parken und dann mit den öffentlichen Verkehrsmitteln reinfahren. Das werden sie nicht tun. Menschen meiden Innenstädte, in denen es immer mehr Fußgängerzonen gibt.

(Zuruf: So ein Schmarrn!)

Die Fußgängerzonen werden in erster Linie auch von Touristen, die mit dem Auto angereist sind, benutzt, klar, aber Menschen, die aus dem Umland kommen und einkaufen wollen, fahren ebenfalls überwiegend mit dem Auto rein. Das soll verhindert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

– Für die GRÜNEN ist es doch so: Das sind alles geschlossene Gebilde. Bloß keinen von draußen reinlassen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Was?)

– Ihr denkt doch nicht mal über die Stadtgrenze hinaus. Ihr denkt nur – –

(Beifall bei der FDP)

Ich fordere aber auch die Staatsregierung auf, endlich von dieser grünen Schleimspur abzuweichen. Kruzifix noch mal, so geht es nicht mehr weiter: Ihr gebt immer so ein bisschen was nach.

(Unruhe)

Dem Antrag der FREIEN WÄHLER stimmen wir gerne zu, weil er Ähnliches beinhaltet. Ich hoffe, dass wir auf alle Fälle einen gemeinsamen Weg finden. Lösen wir uns mal von diesem Thema, dass alles grün sein, alles ruhen muss und alles zu Fuß zu erreichen ist in der Stadt. So ist es nicht: Ältere Menschen müssen zum Arzt, ältere Menschen müssen genau wie junge Menschen einkaufen gehen.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE) – Anhaltende Unruhe)

Das funktioniert eben nicht. Deswegen bitten wir um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN lehnen wir klar ab.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER werden wir zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Duin. – Die nächste Rednerin ist Frau Barbara Fuchs von den GRÜNEN. Bitte schön, Frau Abgeordnete Fuchs, Sie haben das Wort.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Herr Duin, Sie haben aus meiner Sicht genau einen richtigen Satz gesagt: In den Innenstädten muss es nämlich grüner werden. Wir sprechen heute über Innenstädte, wir sprechen über den Einzelhandel, und die FDP spricht über Ladenöffnungszeiten, verkaufsoffene Sonntage und Autoverkehr. Das war es. Mehr fällt der FDP nicht ein.

(Unruhe)

– Herr Duin, Sie hören nicht einmal zu, wenn jemand auf Ihre Inhalte reagiert. Hallo? – Also: Ich würde den Kolleg*innen der FDP raten, mal durch bayerische Innenstädte

(Anhaltende Unruhe)

– zuhören, nicht reden, zuhören – und Dorfzentren zu laufen. Dann werden Sie nämlich feststellen, dass fast 90 % der Geschäfte um 18 Uhr schließen, und zwar wegen Fachkräftemangels und nicht deswegen, weil das Ladenschlussgesetz ihnen das vorschreibt.

(Zurufe von der FDP)

– Moment, erst zuhören. Sie könnten länger öffnen, aber sie haben das Personal gar nicht. Wenn sie das Personal hätten, würden wir darüber reden, ob wir die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel wirklich verschlechtern wollen. Dann stellt sich noch die Frage: Wo werden denn die Kinder alle am späten Abend bis 22 Uhr betreut? Zum vermeintlichen Allheilmittel Sonntagsöffnungszeiten kann ich nur auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts verweisen: Das hat eine Öffnung ohne Anlass klar verboten. Nachgewiesen ist auch, dass sechs Sonntage den Umsatz nur verteilen, aber nicht erhöhen.

Die dritte Forderung, Individualverkehr in die Dorfzentren, in die Innenstädte hinein zu gewährleisten: Hier möchte ich auf die Studie des Difu, Deutsches Institut für Urbanistik, verweisen, die klar gezeigt hat: Überall dort, wo mehr Radfahrende in die Einkaufstraßen kommen, steigen die Umsätze des Einzelhandels. Durchschnittlich lassen zu Fuß Gehende 730 Euro pro Jahr in der Innenstadt, Autofahrende nur 430 Euro.

(Lachen bei der AfD)

Also: Wir generieren auch mehr Umsatz, und es ist ein zentraler Punkt, die Innenstädte zu beleben; aber die Frage ist: Wie? – So, wie Sie sprechen, würde das heißen, dass keine Leute mehr nach Paris, Wien, Barcelona, Hamburg oder sonst wohin fahren würden. Da darf man nämlich schon nicht mehr einfach in die Innenstädte fahren. Natürlich darf der Tourist zum Hotel; aber in den Städten bewegen sich die Leute zu Fuß, per Fahrrad, mit öffentlichem Nahverkehr.

Was tun wir denn für den Einzelhandel? – Wir müssen uns ganz klar um die Leerstände kümmern. Wir brauchen eine konsequente Umsetzung der Innenstadtentwicklung, gerade um gegen die Leerstände vorzugehen. Ganz klar: Wir müssen den öffentlichen Raum attraktiver gestalten. Dafür braucht es natürlich auch mehr Grün, partizipative Gestaltungsprozesse, Aufenthaltsflächen, Fuß- und Radwege, Radstellplätze, WLAN, Freischankflächen, einfach attraktive Ortskerne. Die Leute gehen nicht mehr nur zum Einkaufen in die Stadt. Sie wollen mehr Aufenthaltsqualität, Stadtgrün, Infrastruktur und letztendlich auch Kunst und Kultur. Die kommt bei der FDP, zumindest in dem Antrag, auch nicht vor. Also geht es um Aufenthaltsqualität, um insgesamt mehr Attraktivität, und die schaffen wir, indem wir breit draufgucken. Deswegen werden wir dem Antrag der FDP auch zustimmen, weil die FDP sich nämlich wirklich mit anderen Fragen beschäftigt – –

(Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): FREIE WÄHLER!)

– FREIE WÄHLER, Entschuldigung. – Wir stimmen den FREIEN WÄHLERN natürlich zu, weil die sich das Thema differenziert angeguckt haben, so wie wir natürlich auch in unserem eigenen Antrag. Die FDP springt wie immer einfach zu kurz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Es gibt eine Zwischenbemerkung. Der Kollege Duin möchte von Ihnen noch etwas wissen.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Natürlich. Hat er doch zugehört!

Albert Duin (FDP): Liebe Frau Kollegin, Sie haben in manchen Dingen nicht unrecht. Das Problem ist nur Folgendes: Schauen Sie zum Beispiel München an und will ich bewusst den Individualverkehr per Auto zwanghaft verhindern, und zwar indem ich Fahrradwege baue und nur noch eine Spur fürs Auto übrig lasse, obwohl schon vorher genug Platz für die Fahrräder da war, dann merkt man förmlich, dass man gegen den Verkehr ist.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Was ist?

Albert Duin (FDP): Sie sagen: Ein Autofahrer, also ein Individualist, macht nur 400 Euro Umsatz. Autofahrer würden aber mehr Umsatz machen, weil mehr kommen würden, wenn sie überhaupt könnten; aber zum Beispiel in München und in vielen anderen Städten ist es nahezu unmöglich, reinzufahren, wenn man etwas vorhat. Das ist das Problem. Man muss irgendwo das Auto abstellen und dann versuchen, mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln weiterzukommen. Super.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Man muss irgendwo das Auto abstellen – das ist doch eine gute Idee – und dann anders weiterkommen mit dem öffentlichen Nahverkehr, mit dem Fahrrad oder zu Fuß. Das machen Städte in anderen Ländern auch; da sind wir hier in Bayern einfach hinten dran. Das ist der Weg, und das ist die Tendenz. Wir brauchen in

den Städten mehr Aufenthaltsqualität, mehr Angebote, mehr Kultur, mehr Grün und auch mehr Kreativität; sonst kaufen die Leute nämlich im Internet. Das ist das Problem Ihrer Theorie: Die Läden verlieren natürlich Kunden, wenn die Innenstadt unattraktiv ist.

Fahrzeuge und Autoverkehr sind da sicher keine Lösung. Ich bin keine komplette Gegnerin von Individualverkehr, aber doch nicht mitten in den Städten. Wir müssen Kompromisse machen, und wir müssen eine vernünftige Mitte finden, die einfach auch für die Geschäfte, für die Wirtschaft und für die Menschen gesund ist. Das ist der Weg, den wir gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Deutschlandticket als rabattiertes Jobticket auch für die Beschäftigten des Freistaates Bayern" auf der Drucksache 18/28904 bekannt geben: Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 102 Abgeordnete gestimmt; es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Damit kommen wir zum nächsten Redner zum aufgerufenen Tagesordnungspunkt. – Ich darf Herrn Manfred Eibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Eibl.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unbestritten braucht Bayern einen starken Einzelhandel und lebendige Innenstädte und Ortskerne. Mit dem Antrag der FDP wird die Staatsregierung aufgefordert, mehr verkaufsoffene Sonntage und des Weiteren eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten zu ermöglichen. Meine Damen und Her-

ren, das ist für uns FREIE WÄHLER kein adäquater Weg, um eine Stabilisierung bzw. eine deutliche Verbesserung für den innerstädtischen Einzelhandel zu erreichen.

Anlässlich dieses Antrag stelle ich ein paar Fragen: Bringen verlängerte Öffnungszeiten bzw. zusätzliche verkaufsoffene Sonntage mehr Umsatz für den Einzelhandel? Verbessert sich damit die Existenzgrundlage für den Einzelhandel? Haben Einzelhändler in den aktuell schwierigen Zeiten des Fachkräftemangels überhaupt die Möglichkeit, zusätzliches Personal zu gewinnen, um erweiterte Öffnungszeiten abdecken zu können? Können sich inhabergeführte Einzelhandelsgeschäfte bei geänderten Voraussetzungen gegen Filialisten und Discounter behaupten? Denken Sie bitte auch an das Personal, an die Frauen und Männer, die hinter den Verkaufstheken stehen bzw. im Service tätig sind!

Eine Mehrheit der bayerischen Bevölkerung sieht keine Notwendigkeit einer Lockerung oder Erweiterung von Ladenöffnungszeiten. Wir FREIE WÄHLER stehen für eine Beibehaltung der aktuellen Öffnungszeiten. Unsere Ausrichtung dahin gehend ist ein ganz anderer Weg und Ansatz. Attraktive Innenstädte und Ortskerne sind, wie gesagt, ein wichtiger Bestandteil und schaffen Lebensqualität für unsere Menschen im Freistaat. Die infolge von Corona erfolgten Lockdowns, die Entwicklungen des Fachkräftemangels und im Energiekostenbereich sowie auch die rückläufige Kaufkraft durch anhaltend hohe Inflation haben zu einer ohnehin schwierigen Situation in einer Vielzahl von Innenstädten und Ortskernen geführt.

Der Freistaat und die Staatsregierung setzen hier auf zielführende Maßnahmen, um dagegenzuhalten und innerörtliche Bereiche unserer Städte, Orte und Gemeinden zu beleben. Ich nenne hier nur beispielhaft die Programme der Städtebauförderung. Was viele noch nicht registriert haben: Es gibt eine Leerstandsoffensive für leer stehende bzw. von Leerstand bedrohte Gewerbe- und Einzelhandelsobjekte. Ich nenne hier die Dorferneuerung oder ein ganz neues Projekt und Programm, das über das bayerische Wirtschaftsministerium aufgelegt wurde: "Neue Läden und neue Ideen für Bayerns In-

nenstädte". Dieses Förderprogramm richtet sich erstmalig gezielt an privatwirtschaftliche City- und Stadtmarketingorganisationen sowie Werbegemeinschaften.

Das Programm zielt darauf ab, Leerstände zu füllen, neue Geschäfte und Geschäftsideen zu gewinnen, Nachfolger für bestehende Geschäfte zu finden und diese zu erhalten sowie das Stadtmarketing deutlich zu verstärken. Meine Damen und Herren, unser Ziel ist nämlich die Förderung und nicht die Erschwernis von Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Damit bitte ich um Zustimmung zu unserem Nachzieher; den FDP-Antrag lehnen wir ebenso wie den GRÜNEN-Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Kollegen Albert Duin. Bitte schön.

Albert Duin (FDP): Lieber Manfred, ich kenne all diese Argumente zu Ladenöffnungszeiten usw. Ich betrachte das aus einer ganz anderen Position: Ich als Unternehmer und Geschäftsmann möchte arbeiten dürfen, wann immer ich will, und nicht, wann es mir die Politik vorschreibt. Erzähle mir nichts! Es ist so: In allen anderen Bereichen – ob in der Industrie, beim öffentlichen Verkehr oder anderswo – sind Samstags-, Sonntags- und Nacharbeit immer erlaubt. Ein Krankenhaus würde sonst gar nicht funktionieren. Deshalb fordere ich eine Gleichstellung. Es ist eine Gemeinheit gegenüber jedem Geschäftsmann, dass ihm vorgeschrieben wird, wann er zu arbeiten hat und wann nicht. Er darf sonntags arbeiten. Was darf er machen? – Er darf seine Buchhaltung im Hinterzimmer machen; das darf er, aber er darf keinen Umsatz machen. Das ist doch lächerlich!

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Danke für die Frage, auf die ich antworten kann. Wir haben viele – ich sage einmal – inhabergeführte Einzelhandelsgeschäfte, die momentan wirklich riesige Probleme haben, mit Großdiscountern und Filialisten noch mitzu-

halten. Sie wissen nicht mehr, wie sie ihren Alltag bewerkstelligen sollen, weil die Arbeitszeiten unmöglich sind. Albert, wenn sie gegen solche Größen konkurrieren müssen, dann können sie den Betrieb nicht mehr aufrechterhalten. Das ist einer der entscheidenden Faktoren. Noch einmal: Es herrschen beschränkte Kaufkraftsituationen vor. Es wird sich nur verschieben. Ich sage es noch einmal deutlich: Irgendwann ist auch einmal Schluss. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – dafür stehe ich ausdrücklich – ist eines der größten Güter, das wir sichern müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit kommen wir zum nächsten Redner. Es ist der Abgeordnete Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter Bergmüller, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was für die SPD das Tariftreuegesetz ist, ist für die FDP das Ladenschlussgesetz. Immer dann, wenn Sie im Landtag sind, bringen Sie es ein: in der Legislaturperiode 2008 bis 2013 und jetzt 2023. Schauen wir einmal, wann das nächste Mal ist.

Die CSU hat sich damals, als sie mit der FDP koalitiert hat, auch einmal intensiv damit befasst; in der Fraktion hat es eine Pattsituation gegeben. Seitdem haben Sie dieses heiße Eisen nicht mehr angefasst. Ich selbst war 20 Jahre lang in der IHK-Vollversammlung und in derselben Zeit im Handelsausschuss; auch dort haben wir die Debatten geführt.

Dann hat es eine geringfügige Änderung des Ladenschlussgesetzes gegeben; der Ladenschluss am Sonntag ist eigentlich nie so richtig angefasst worden, weil sich sowohl die Gewerkschaften als auch die vielen selbstständigen Unternehmer – hier war ich 33 Jahre lang im Gewerbeverband und auch im Landesvorstand – immer dagegen ausgesprochen haben, dass die Ladenschlusszeiten weiter geöffnet werden, weil sie

nämlich selbst und ständig arbeiten und – wie es Kollege Manfred Eibl schon gesagt hat – die Unvereinbarkeit von Familie und Geschäftsführung noch stärker zutage getreten wäre.

Gehen wir einmal zu den Fakten über: Es gibt 70 Milliarden Euro Umsatz, 330.000 Beschäftigte; das ist Nummer drei laut IHK-Statistik. Aber wie schaut es im Moment aus? – Im ersten Quartal 2023 gibt es ein nominales Plus von 3,5 %; in Wirklichkeit ist es preisbereinigt ein reales Minus von 4,9 %. Die Inflation trifft den Einzelhandel oder speziell den Lebensmitteleinzelhandel mit einem Minus von 7,2 % besonders hart.

Was ist die Ursache? – Es war ein langer, schleichender Prozess, dass der Einzelhandel in den Innenstädten durch Internethandel usw. immer mehr an Bedeutung verloren hat. Aber der richtige Sargnagel waren die Corona-Zwangsschließungen. Jetzt kommt die nächste Hiobsbotschaft: Gerade die kleinen Unternehmen haben diese Corona-Hilfen in Höhe von 9.000 bis 15.000 Euro in Anspruch genommen. Diejenigen, die über das Internet abgefragt worden sind, haben alle Angst gehabt. Die Steuerberater haben gesagt, das ginge sie nichts an, das müssten sie selbst regeln.

Dann ist die nächste Hiobsbotschaft – liebe Leut, ihr braucht bloß alle die Zeitungen lesen: Viele Traditionsbetriebe in der Münchner Innenstadt haben deswegen zugemacht und lassen sich jetzt – ich sage es mal vornehm – gernhaben, weil: Es ist unerträglich, dass immer wieder was anderes getan wird, als vorher versprochen worden ist. Auf der Internetseite des Wirtschaftsministeriums von Hubert Aiwanger war klipp und klar gestanden, dass es keine Nachüberprüfung geben wird.

Wir müssen aber auch die anderen Probleme sehen: Amazon hat die Lücke gefüllt. Schauen Sie sich mal Ihren privaten Haushalt an. Wer bestellt denn bei Amazon? – Alle, die irgendeinen daheim haben, der sich im Internet auskennt. Selbst die älteren Leute bestellen da heute, weil sie sich dem Verkehr in die Innenstadt nicht aussetzen wollen. Gesellschaftlich ist eine totale Veränderung eingetreten. Dem müssen wir mit Konzepten entgegenwirken. Da haben manche Vorredner durchaus recht. Aber dafür

arbeiten die Kommunen, die vor Ort verantwortlich sind. Die Öffnungszeiten werden nichts daran ändern, sondern: Die Lösungen sind verschiedene Dorferneuerungs-, FAG-Programme und auch das Förderprojekt des bayerischen Wirtschaftsministeriums. Da müssen wir ansetzen. Ansonsten gibt es die kommunalen Träger vor Ort mit City-Marketing; sie haben sich schon gute Sachen überlegt. Es gibt für die Zukunft gute Ansätze. Hoffen wir, dass sie auch wirken.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner: Herr Andreas Schalk, CSU-Fraktion. Bitte schön.

Andreas Schalk (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In dem Antrag der FDP wird auf die Bedeutung des stationären Einzelhandels eingegangen. Lieber Kollege Duin, wir teilen das. Ich glaube, wir teilen das im Haus über die meisten Fraktionen hinweg.

Aber die Probleme, die im Einzelhandel bestehen, werden nicht durch eine Veränderung der Möglichkeiten bei den Öffnungszeiten gelöst. Die Kollegen haben es gerade schon angesprochen: Bei den verkaufsoffenen Sonntagen haben wir einfach dieses verfassungsrechtliche Problem damit, den Anlass wegzunehmen. Ich persönlich würde mich auch freuen, wenn das ginge. Ich glaube, das würde in den Kommunen vieles erleichtern. Wir sind da durchaus beieinander. Aber es scheint ein verfassungsrechtliches Problem zu sein. Das müssen wir dann eben zur Kenntnis nehmen. Ich glaube im Übrigen auch, dass die vier verkaufsoffenen Sonntage vollkommen ausreichen.

Bei der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist schon vieles angesprochen worden. Ich glaube, auch mit längeren Öffnungszeiten – es werden dann faktisch tatsächlich längere Öffnungszeiten werden – wird man nichts erreichen. Das wird den Umsatz anders verteilen. Es wird mehr Personal brauchen, das wir gar nicht haben, den Ertrag

schmälern, die Kosten steigern und im Übrigen weniger Steuerkraft auslösen. Ich glaube, im Ergebnis wird man da nicht viel erreichen.

Man wird auch bei den inhabergeführten Geschäften ein Problem bekommen. Auch das hat Kollege Eibl gerade schon ausgeführt. Viele können das schon jetzt nicht mehr bewältigen, und künftig werden es noch weniger bewältigen. Auch die Familienfreundlichkeit der Arbeitszeiten ist angesprochen worden. Darauf will ich nicht weiter eingehen.

Ein Aspekt noch: Für den stationären Einzelhandel in Innenstädten gibt es keinen größeren Nachteil als unterschiedliche Öffnungszeiten. Das ist jetzt in München Downtown nicht das Problem. Aber in den kleineren Städten in unserem Land ist es tatsächlich ein Problem, dass viele kleinere Fachgeschäfte schon jetzt reduzierte Öffnungszeiten haben und dass das für die Kunden die Attraktivität der Innenstadt erheblich schwächt. Insofern sollten wir dieser Entwicklung nicht auch noch Vorschub leisten.

Beim Thema Parken sind wir beieinander. Auch ich bin der festen Überzeugung, dass die Erreichbarkeit mit dem Auto gegeben sein muss. Die Kommunen tun hier viel, Stichwort Brötchentaste usw. Das müssen wir an der Stelle überhaupt nicht diskutieren. Das ist Sache der Kommunen. Wie gesagt: Ich glaube insofern, das ist hier obsolet.

Dass die GRÜNEN hier einen anderen Ansatz haben und den Personenindividualverkehr aus den Städten raushaben wollen, ist ein ideologischer Ansatz, den wir nicht teilen und gegen den wir uns auch insofern verwehren, weil er die Innenstädte erheblich schwächt – nicht vielleicht München, aber viele kleinere Städte in den Regionen.

Bei den GRÜNEN hört man dann auch von anderen Mobilitätskonzepten. Das ist immer eine schöne Umschreibung für weniger Autos und weniger Parkplätze. Ich habe es schon gesagt: Das ist eine reine Ballungsraumsicht. Das funktioniert in den

Städten, aus denen die meisten von uns kommen – auch in meiner Heimatstadt –, so mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei der CSU)

Dann lese ich noch von Flächensparmanagement. Wir reden hier über Einzelhandelsentwicklung in der Stadt. Das hat einfach überhaupt nichts damit zu tun, jetzt einen Flächensparmanager als die große Lösung zu empfinden. Ich habe den Zusammenhang ehrlicherweise nicht verstanden. Ich glaube aber auch, dass er nicht wirklich besteht.

Dass man Räume für Kulturnutzung braucht, ist völlig in Ordnung. Aber auch das wird das Problem des Einzelhandels nicht lösen. Wir sind insofern der Auffassung, dass das, was im GRÜNEN-Antrag angesprochen ist, der Lösung der Probleme des Einzelhandels definitiv nicht dienlich ist. Wir werden diesen Antrag ablehnen. Ich persönlich halte ihn für eine gewisse Themaverfehlung.

Bei dem, was die FDP fordert, kann man, wie gesagt, vieles diskutieren. Wir haben das getan. Wir glauben aber nicht, dass dieser Ansatz über die Öffnungszeiten dem Einzelhandel wirklich hilft. Insofern lehnen wir auch diesen Antrag ab.

Dem Antrag der FREIEN WÄHLER werden wir selbstverständlich zustimmen. Ein Gedanke noch zum Ende: Wir haben in Bayern ja die Regelung des Bundesgesetzes in der Anwendung. Ich möchte jetzt nichts zur Ampel sagen, es ist nur ein kleiner Vorschlag, ich kritisiere nichts. Nachdem die FDP aber ein starker, prägender Teil der Ampelkoalition in Berlin ist, schlage ich vor, einfach mal dort eine Änderung in Angriff zu nehmen. Viel Erfolg dabei und danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner: Klaus Adelt, SPD-Fraktion. Bitte, Herr Adelt.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die Städte und Gemeinden wissen am besten, was für ihre Innenstädte gut ist. Sie werden auch darüber entscheiden. Es gibt Dinge, da muss man der Realität ins Auge schauen.

Lieber Albert – er ist jetzt gar nicht da.

(Zuruf)

– Da bist du. Entschuldigung, aber so viele Phrasen auf einem Haufen in einem Antrag hätte ich von dir nicht erwartet.

(Beifall bei der SPD – Albert Duin (FDP): Mehr hatte ich nicht!)

Arbeiten, wenn ich will. – Wenn das so ist, dann hat am Samstag und Sonntag überhaupt nichts offen, weil: Wer will am Sonntag arbeiten außer dem Pfarrer? – Keiner.

(Albert Duin (FDP): Entschuldigung! Bitte! 80 % der Bevölkerung arbeiten!)

Es erzürnt mich. – Jetzt beruhige ich mich wieder: Klaus Adelt, ja. –

(Heiterkeit)

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Wiederbelebung der Innenstädte sind von vorgestern. Sechs verkaufsoffene Sonntage – es muss Leben in die Innenstadt!

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Adelt, darf ich Sie kurz unterbrechen? – Bitte, Albert, kannst du? – Danke, jetzt geht's weiter. Die Zeit wird gutgeschrieben. Bitte.

Klaus Adelt (SPD): Dann kann ich noch länger reden.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Also, die Forderungen, um die Innenstädte zu beleben, nach sechs anlasslosen verkaufsoffenen Sonntagen, macht das mal mit den Kirchen und dem Personal aus! An

einem Sonntag in einer Stadt einkaufen? – Ich kann das die Woche über auch machen. Was ich brauche, sind Märkte, sind Attraktionen in der Stadt. Die muss man dort hinholen, weil: Zum Versorgen brauch ich nicht in die Stadt fahren. Da gibt es keine Bäcker mehr, da gibt es keine Metzger mehr. Mit den Apotheken sei es auch noch dahin.

Das Nächste sind die Ladenöffnungszeiten: Langt 20 Uhr nicht? – Früher war am Samstag um zwei Schluss, und es hat ausgereicht. Jetzt fällt's den Leuten noch ein, abends um sechs einkaufen zu gehen; sie haben den ganzen Samstag Zeit. Da bringt das auch nicht viel mehr Umsatz.

Dann: Individualverkehr, sogenannte Brötchentaste. – Ich freue mich drauf, wenn auf dem Marienplatz vor dem Café Rischart und vor der Bäckerei die erste Brötchentaste eingerichtet wird und jemand mit seinem SUV vorbeifährt und drei Semmeln kauft.

(Heiterkeit bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Darauf freue ich mich wirklich. Das finde ich ganz fantastisch.

(Beifall bei der SPD)

Die Gemeinden wissen, was sie machen müssen. Die Innenstädte haben sich verändert. Gerade ihr seid es doch, die Liberalisierung haben wollen: Handel mit allem Drum und Dran. Wer über Amazon schimpft, darf dort nichts einkaufen. Aus, fertig! – Aber Amazon macht ein Riesengeschäft und erleichtert für manche das Leben.

Also, neue Konzepte für die Innenstädte! Die GRÜNEN haben einen guten Ansatz. Es muss nicht immer der gleiche sein, aber der geht in die richtige Richtung. Die Instrumente, die ihr hier vorgeschlagen habt, die Förderprogramme von Bund und Ländern, die greifen. In den Innenstädten ist wieder Leben. Die Markthändler veranstalten Märkte. Ich bin da guten Mutes.

City-Manager? – Wir brauchen professionelles Personal. Aber diese Vorschläge? – Wirklich nicht, wirklich gar nicht.

Bei den Themen der GRÜNEN sind manche Dinge dabei – na ja, die kann man so sehen oder so. Aber im Prinzip können wir schon zustimmen. Ihr habt ja auch ein paar Geografen dabei, die sich da einigermaßen auskennen.

Und bei den FREIEN WÄHLERN stimmen wir auch zu. Ihr fragt zwar Dinge, die ihr längst wisst, aber fragt's ruhig noch mal ab: Das Personal in den Landratsämtern hat sowieso nichts zu tun.

Also: Bei der FDP lehnen wir ab, den GRÜNEN stimmen wir zu, den FREIEN WÄHLERN stimmen wir zu. Trapattoni sagt: Ich habe fertig. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich lasse einzeln abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/28905 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Klingen und Plenk. Wer Enthält sich? – Herr Busch (fraktionslos) ist nicht da. Keine Enthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/28976 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD sowie die Abgeordneten Klingen (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Wer Enthält sich? – Keine Enthaltung. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/28977 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD und der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.